

Personenbezogene Bezeichnungen in diesem Dokument beziehen sich auf alle Geschlechter in gleicher Weise.

## 3134K – RECHTSSCHUTZ GESUNDHEITSBERUFE – BEREICH FINANZEN UND DATEN

### VERSICHERT GELTEN FOLGENDE RECHTSSCHUTZ-BAUSTEINE

#### 1. Daten-Rechtsschutz für den Privatbereich

- 1.1 Wer ist in welcher Eigenschaft versichert?  
Versicherungsschutz haben der Versicherungsnehmer und seine Familienangehörigen (gemäß Artikel 5.1 ARB) für Versicherungsfälle, die den privaten Lebensbereich, also nicht den Berufs- oder Betriebsbereich, betreffen.
- 1.2 Was ist versichert?  
Der Versicherungsschutz umfasst
- 1.2.1 die Wahrnehmung rechtlicher Interessen zur Durchsetzung des Auskunfts-, Berichtigungs-, Lösungs- und Widerspruchsrechtes gemäß §§ 42 bis 45 Datenschutzgesetz (DSG) gegen private Datenverarbeiter im Sinne des Datenschutzgesetzes.  
In Erweiterung von Artikel 6.4.1 i. V. m. Artikel 10.7 ARB werden die Kosten der Mediation (nicht für Beratung) im Daten-Rechtsschutz übernommen.
- 1.2.2 Beratungs-Rechtsschutz gemäß Artikel 22 ARB bezüglich der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Abweichend von Artikel 22.2.1 ARB gilt freie Anwaltswahl als vereinbart.  
Die Leistung des Versicherers ist mit 0,25 % der vereinbarten Versicherungssumme pro Versicherungsperiode beschränkt. Artikel 22.2.4 ARB gilt diesbezüglich als gestrichen.
- 1.3 Was gilt als Versicherungsfall? Artikel 2.4 ARB findet Anwendung.  
Bei der Wahrnehmung rechtlicher Interessen ohne einen tatsächlichen oder behaupteten Verstoß gegen Rechtspflichten oder -vorschriften, ist der Versicherungsfall das Ereignis, welches dem Betroffenen im Sinne des Datenschutzgesetzes erlaubt, seine rechtlichen Interessen wahrzunehmen. Bei mehreren Ereignissen findet Artikel 2.4, Absatz 2 ARB Anwendung.
- 1.4 Wartefrist:  
Für Versicherungsfälle, die vor Ablauf von drei Monaten ab dem vereinbarten Versicherungsbeginn eintreten, besteht kein Versicherungsschutz.

#### 2. Steuer-Rechtsschutz für den Privatbereich

- 2.1 Wer ist in welcher Eigenschaft versichert?  
Versicherungsschutz haben der Versicherungsnehmer und seine Familienangehörigen (gemäß Artikel 5.1 ARB) für Versicherungsfälle, die den privaten Lebensbereich, also nicht den Berufs- oder Betriebsbereich, betreffen.
- 2.2 Was ist versichert?  
Der Versicherungsschutz umfasst abweichend von Artikel 7.3.5 ARB:
- 2.2.1 die Wahrnehmung rechtlicher Interessen aus dem Bereich des Steuer-, Zoll- und sonstigen Abgabenrechts
- 2.2.1.1 vor dem Verfassungsgerichtshof (Verfassungsbeschwerde gegen Bescheide gemäß Artikel 144 Bundesverfassungsgesetz);
- 2.2.1.2 vor dem Verwaltungsgerichtshof wegen der Überprüfung der Rechtmäßigkeit eines Bescheids (Bescheidbeschwerde gemäß Artikel 131 Bundesverfassungsgesetz) oder der Verletzung der Entscheidungspflicht über Eingaben der versicherten Person (Säumnisbeschwerde gemäß Artikel 132 Bundesverfassungsgesetz);
- 2.2.2 die Verteidigung in gerichtlichen Strafverfahren bereits ab der Einleitung von Vorerhebungen oder Voruntersuchungen durch den Staatsanwalt nach dem Finanzstrafgesetz (FinStrG). Eingeschlossen ist die Verteidigung in Verwaltungsstrafverfahren ab Einleitung des Verfahrens mittels Bescheid oder durch Strafverfügung gemäß § 143, Abs. 1 FinStrG.  
Versicherungsschutz besteht dabei
- 2.2.2.1 wegen fahrlässiger strafbarer Handlungen und Unterlassungen;
- 2.2.2.2 bei Anklage wegen vorsätzlicher strafbarer Handlungen und Unterlassungen wird rückwirkend Versicherungsschutz gegeben, wenn
- eine rechtskräftige Verurteilung wegen Fahrlässigkeit;
  - ein rechtskräftiger Freispruch, ausgenommen ein Freispruch wegen Unzuständigkeit; oder
  - eine endgültige Einstellung des Strafverfahrens erfolgt, weil es an hinreichenden Gründen fehlt, den Beschuldigten der Tat für verdächtig zu halten oder mangelnde Strafwürdigkeit der Tat gemäß § 191 StPO oder § 25 FinStrG gegeben ist.
- 2.3 Was gilt als Versicherungsfall?  
Abweichend von Artikel 2 ARB gilt für die Wahrnehmung rechtlicher Interessen gemäß Pkt. 2.2.1 der Versicherungsfall mit dem Zeitpunkt des Zugangs der ersten Entscheidung der Abgabenbehörde erster Instanz als eingetreten.  
Für die Bestimmung des Versicherungsfalles im Strafverfahren gemäß Pkt. 2.2.2 gelten die Regelungen des Artikels 2.4 ARB.
- 2.4 Was ist nicht versichert?  
Es besteht kein Versicherungsschutz im Zusammenhang mit:

- 2.4.1 der Haftung für Steuern, Gebühren oder sonstiger Abgaben Dritter;
- 2.4.2 Verfahren, die vom Versicherungsnehmer durch ein vor Versicherungsbeginn oder innerhalb der Wartefrist liegendes Anbringen ausgelöst wurden;
- 2.4.3 einem vor Versicherungsbeginn oder innerhalb der Wartefrist liegenden tatsächlichen oder behaupteten Verstoß des Versicherungsnehmers, der Abgabenbehörde oder eines Dritten.
- 2.5 Wartefrist:  
Für Versicherungsfälle, die vor Ablauf von drei Monaten ab dem vereinbarten Versicherungsbeginn eintreten, besteht kein Versicherungsschutz.

**3. Rechtsschutz für Vermögensveranlagung für den Privatbereich**

Abweichend von Artikel 7.1.6 ARB besteht Versicherungsschutz für die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen aufgrund fehlerhafter Beratung, Vermittlung und Verwaltung, die in ursächlichem Zusammenhang mit der Anlage von Vermögen in von österreichischen Banken und Sparkassen oder der Republik Österreich emittierten Finanzinstrumenten gemäß § 1, Ziff. 7 bis 18 Wertpapieraufsichtsgesetz 2018, § 1, Abs. 1, Ziff. 3 Kapitalmarktgesetz, § 2, Ziff. 2 Alternativfinanzierungsgesetz, Artikel 4. lit. 2 Verordnung (EU) Nr. 1286/2014 (PRIIP-VO) steht.

Der Republik Österreich und österreichischen Unternehmen gleichgestellt sind die EU-Mitgliedsstaaten sowie vergleichbare Anbieter und Emittenten derartiger Produkte, die ihren Sitz innerhalb der EU haben.

Kein Versicherungsschutz besteht für Schadensersatzverpflichtungen aus der Anlage von Vermögen selbst.

Die Leistungen des Versicherers sind mit 7,5 % der vereinbarten Versicherungssumme pro Versicherungsperiode begrenzt.